

Norbert Weber (Hrsg.) • Facetten der Forstpolitikwissenschaft



Norbert Weber (Hrsg.)

# Facetten der Forstpolitikwissenschaft

Eine Aufsatzsammlung mit  
Beiträgen zum Ehrenkolloquium  
für **Prof. Dr. habil. Ernst Ulrich Köpf**  
am 19. Juni 2002 in Tharandt

[www.forstbuch.de](http://www.forstbuch.de)

© Februar 2003 Verlag Dr. Kessel, Eifelweg 37, D-53424 Remagen-Oberwinter

Tel./Fax: 02228-493

email: nkessel@web.de

Homepages: [www.forstbuch.de](http://www.forstbuch.de), [www.forestrybooks.com](http://www.forestrybooks.com)

Das vorliegende Buch ist urheberrechtlich geschützt, alle Rechte sind vorbehalten der schriftlichen Erlaubnis des Verlages, dies gilt für alle Arten der Speicherung oder Reproduktion.

ISBN: 3-935638-32-9

Druck: [www.business-copy.com](http://www.business-copy.com)

Besonderheiten der Rechtschreibung liegen in Freiheit und Verantwortung der Autoren.

Umschlaggestaltung von Wenke Franz.

---

## Vorwort

Das Ausscheiden eines Hochschullehrers und Forschers aus dem aktiven Dienst bietet wie kaum ein anderes Ereignis die Gelegenheit, über den Stand und die Perspektiven einer wissenschaftlichen Disziplin zu reflektieren. Angesichts der Verabschiedung von Prof. Dr. ERNST ULRICH KÖPF, bisheriger Inhaber der Professur für Forstpolitik und zugleich geschäftsführender Direktor des Instituts für Forstökonomie und Forsteinrichtung der Fachrichtung Forstwissenschaften an der TU Dresden, wurde diese Gelegenheit genutzt. Am 19. Juni 2002 fand ein Ehrenkolloquium an der Fachrichtung Forstwissenschaften in Tharandt statt. Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen verschiedene Facetten der Forstpolitikwissenschaft in Deutschland und der für diese akademische Disziplin besonders wichtige Brückenschlag zur forstpolitischen Praxis. Der vorliegende Band enthält sowohl die Beiträge, die während des Ehrenkolloquiums vorgetragen wurden, als auch zusätzliche Aufsätze, die dem Anlaß gewidmet sind.

ERNST ULRICH KÖPF zeigt in seinem Beitrag „Spezifische Probleme der Forstpolitik in den ostdeutschen Ländern“ die besonderen Herausforderungen auf, vor denen die Tharandter Professur für Forstpolitik in den Jahren nach der Wiedervereinigung stand. In dieser Zeit ging es in erster Linie darum, den Charakter und die Bedeutung des Rechtsstaates, der Eigentumsordnung und der Marktwirtschaft zu vermitteln. MAX KROTT befaßt sich mit „Stand und Perspektiven forst-politikwissenschaftlicher Forschung“. Er stellt heraus, daß die gewandelte Forschungslandschaft leistungsstarken Disziplinen, die auf hohem wissenschaftlichen Niveau Erkenntnisse mit großem Praxiswert erarbeiten, erweiterte Chancen eröffnet, und empfiehlt zwei unterschiedliche Produktionslinien für die Forst-Politikwissenschaft.

Die folgenden zwei Beiträge widmen sich der Wechselbeziehung zwischen der nationalen und der internationalen Politikebene. NORBERT WEBER beschreibt die „Institutionalisierung der internationalen Forstpolitik“, die insbesondere an der Entstehung eines internationalen Waldregimes festgemacht werden kann, und deren Folgen für nationale forstpolitische Entscheidungsspielräume. KARL-REINHARD VOLZ greift einige dieser Aspekte im Beitrag „Forstwirtschaft im Strudel globaler Entwicklung. Zur Aktualität forstpolitikwissenschaftlicher Forschung“ auf. Er beschreibt sechs Tendenzen, mit denen der „globale Strudel“ charakterisiert werden kann, und skizziert die Aufgabe der Forstpolitikwissenschaft als Vermittler im „Kampf der Kulturen“ zwischen Forst- und Holzwirtschaft, der sich infolge der Globalisierung verschärft hat.

MICHAEL SUDA, SIMONE HELMLE und FLORIAN ZORMAIER befassen sich mit dem Fragenkomplex „Partizipative Forschung als Schlüssel zur Politikberatung?“ Diese Art der Forschung zeichnet sich aus durch eine aktive Einbindung der politischen Akteure in den Forschungsprozeß und durch eine – zumindest temporär – aktiv gestalterische Rolle der Wissenschaftler. Hiervon können beide Seiten profitieren.

Aus Sicht der forstpolitischen Praxis skizziert HUBERT BRAUN unter der Überschrift „Forstpolitische Fragestellungen einer Landesforstverwaltung“ die Herausforderungen für staatliche Forstverwaltungen im allgemeinen und für die Sächsische Landesforstverwaltung im besonderen.

Zwei zusätzliche Aufsätze ehemaliger Mitarbeiter von Prof. Köpf befassen sich mit weiteren forstpolitikwissenschaftlichen Themenfeldern. In der Abhandlung „Überlegungen zur Gemeinwohldiskussion in der Forstwirtschaft“ von NORBERT WEBER geht es sowohl um die Frage, was unter Gemeinwohl zu verstehen ist, als auch um die Versuche, das Gemeinwohl zu bestimmen und zu messen. GERALD SLOTOCH stellt in seinem Beitrag „Waldpädagogik - Forstlicher Beitrag einer Bildung für Nachhaltigkeit im 21. Jahrhundert“ die Verbindung zwischen einem zentralen Thema der Forstpolitik und verschiedenen Varianten der Umweltbildung im weiteren Sinne her und zeigt Optionen für eine interdisziplinäre, ganzheitliche Waldpädagogik auf.

Mit der vorliegenden Schrift wird keinesfalls der Anspruch erhoben, die Breite der Disziplin Forstpolitikwissenschaft umfassend abbilden zu wollen. Vielmehr werden – dies soll der Begriff „Facetten“ zum Ausdruck bringen – einige ausgewählte Sichtweisen, Themenstellungen und theorie- bzw. methodenbezogene Zugänge zu diesem Fach vorgestellt. Auf das nachträgliche Einziehen eines „roten Fadens“ wurde daher bewußt verzichtet.

Ich danke allen, die zum Zustandekommen dieses Bandes beigetragen haben, insbesondere den Autoren für die Überlassung der Manuskripte und Frau Wenke Franz für die technische Unterstützung.

Tharandt, im Dezember 2002

*Norbert Weber*

---

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort	i
Spezifische Probleme der Forstpolitik in den ostdeutschen Ländern <i>Ernst Ulrich Köpf</i>	1
Zur Optimierung forst-politikwissenschaftlicher Forschung <i>Max Krott</i>	15
Zur Institutionalisierung der internationalen Forstpolitik <i>Norbert Weber</i>	27
Forstwirtschaft im Strudel der globalen Entwicklung <i>Karl-Reinhard Volz</i>	37
Partizipative Forschung als Schlüssel zur Politikberatung? <i>Michael Suda, Simone Helmle, Florian Zormaier</i>	51
Forstpolitische Fragestellungen einer Landesforstverwaltung <i>Hubert Braun</i>	59
Überlegungen zur Gemeinwohldiskussion in der Forstwirtschaft <i>Norbert Weber</i>	67
Waldpädagogik - Forstlicher Beitrag einer Bildung für Nachhaltigkeit im 21. Jahrhundert <i>Gerald Slotosch</i>	87
Grußwort <i>Alexander Riedel</i>	109
Schriftenverzeichnis Prof. Dr. habil. E. U. Köpf	111
Die Autoren	121





# Spezifische Probleme der Forstpolitik in den ostdeutschen Ländern

Ernst Ulrich Köpf

## Kurzfassung

Nach der deutschen Wiedervereinigung stand die Forstpolitik in den ostdeutschen Ländern insbesondere vor der Aufgabe, den Charakter und die Bedeutung des Rechtsstaates, der Eigentumsordnung und der Marktwirtschaft zu vermitteln. Im Hinblick auf das Rechtssystem und die Forstorganisation ist zu beobachten, dass bei deren Umformung auch einige Regelungen aufgegeben wurden, die heutigen Anforderungen durchaus entsprochen hätten. Beim Themenkomplex Eigentum und Privatisierung spielen vor allem die Teilfragen der Rückübertragung von Wald und Privatisierung des Restwaldes durch Verkauf eine wichtige Rolle. Hinzu kommen die überbetriebliche Zusammenarbeit, Zusammenlegung zersplitterten Waldeigentums und erleichterte Zusammenführung von Grundstücken. Die globale marktwirtschaftliche Ordnung ist ursächlich für viele unerwartete Probleme der Forstwirtschaft in den ostdeutschen Ländern. Mit der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung ist das Ziel der nachhaltigen Entwicklung nicht erreichbar. Zukunftsvorsorge muß in den Mittelpunkt gerückt werden, auch beim Umgang mit dem Wald als Kulturgut, Restnatur und Ressource. Forstpolitik muß dafür sorgen, dass der Wald nicht einseitig gegenwärtigen Interessen untergeordnet wird.

## Specific Problems of Forest Policy in Eastern Germany

### Abstract

In the decade after the reunification of Germany, forest policy in the eastern part of the country was facing several challenges. The character and meaning of the constitutional state had to be explained; state laws governing ownership and property as well as principles of market economy were to be communicated. In the first mentioned field it can be recognized that during transformation some regulations were replaced that would fulfil today's expectations. In the sector of ownership and property the restitution of forests to former owners and the privatisation of formerly usurped forest land was an important task. Small-scale forestry calls for cooperation. Horizontal integration of forests and a facilitated real estate market could improve the situation. The global organization of markets is responsible for many unexpected problems of forestry in eastern Germany. The actual economic order hampers the aim of sustainable development. It is necessary to focus on more provision for the future, especially with respect to the role of forests as cultural value, remaining rest of nature, and resource. Forest policy has to prevent that forests are subordinated to short-term partial interests.

### Einleitung

Am 3. Oktober vor zwölf Jahren wurde die Wiedervereinigung Deutschlands durch den Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik Deutschland glücklich vollzogen. Drei Tage später

erhielt ich den Bescheid des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, durch den ich nach Tharandt entsandt wurde. Beabsichtigt war eine spezifische Förderung der Sektion bzw. Abteilung Forstwirtschaft der TU Dresden im Fach „Forstpolitik“. Zur Begründung hatte ich darauf hingewiesen, dass der Forstwirtschaft durch die Ereignisse jener Tage in den neuen Bundesländern grundlegend neue Bedingungen entstünden, weshalb den Betroffenen in Bezug auf die Forstpolitik Erfahrungen mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu vermitteln wären. Insbesondere der Charakter und die Bedeutung des *Rechtsstaates*, der *Eigentumsordnung* und der *Marktwirtschaft* waren zu erklären.

- Was ist daraus geworden?
- Kann man im Rückblick erkennen, was gut lief und was besser hätte laufen können?
- Welche spezifischen Probleme der Forstpolitik bestehen heute in den ostdeutschen Ländern?

In der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit greife ich die drei Gesichtspunkte unserer Grundordnung heraus und versuche exemplarisch forstpolitische Aspekte der Entwicklung anhand der gestellten Fragen kritisch zu überprüfen.

## **1. Rechtsstaatliche Ansprüche und tatsächliche Entwicklung**

Das Rechtssystem Westdeutschlands wurde für die ostdeutsche Bevölkerung unversehens und ziemlich unvermittelt wirksam. Plötzlich mussten sich die Menschen um vielfältige Angelegenheiten bei Behörden, Versicherungen, Banken, vor allem um die eigene Beschäftigung persönlich kümmern. Das ist zunächst kein spezifisch forstliches Problem – doch als Grundproblem ist die Frage wichtig: Wie wird eine demokratische Gesellschaft mit ihrem Ordnungssystem vertraut gemacht? Auf welche Weise kommt das Ordnungssystem in der freiheitlichen Gesellschaft zur Anwendung? Die ostdeutsche Jugend zum Beispiel – sie mochte bis dahin oppositionell oder konform eingestellt gewesen sein – war auf jeden Fall bis 1989 in deutscher Tradition durch Gesellschaft und Obrigkeitsstaat relativ streng überwacht und im Zaum gehalten. Nach der Wende wurde sie ungeschützt beliebigen Zugriffen und Verführungen – etwa des Rechtsradikalismus – ausgesetzt. In Tharandt immerhin bemühen sich bis heute mehrere örtliche Initiativen um Jugendliche, und von Ausschreitungen wurde nie etwas bekannt. Leider ist das nicht überall so. In der sich wandelnden Welt bestehen nebeneinander Aufgeschlossenheit und Risiken für eine freiheitlich-demokratische Grundordnung. Damit müssen wir leben, sollten wir uns unermüdlich auseinandersetzen.

Konkret betraf uns die Änderung der Forstorganisation. Sie musste 1990 rasch neu geformt werden, um möglichen Gefahren des Umbruchs zu entgehen. Rat und Hilfe westlicher Partner-Forstverwaltungen wurde gewährt und in Anspruch genommen. Kritisch möchte man heute bemerken, dass zu wenig auf die Dynamik in der Entwicklung gerade auch der westlichen Rahmenbedingungen geachtet wurde. In mancher Hinsicht waren ja die Regelungen der DDR nicht schlecht und modernen Anforderungen besonders gut angepasst – z. B. im forstbetrieblichen Rechnungswesen, aber auch mit der Größe der Forstbetriebseinheiten, die der Konzentration bei den Holzabnehmern durchaus angemessen gewesen wäre. Das Modell des Einheitsforstamtes mit Forstdirektionen wurde in Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen,

Sachsen und Sachsen-Anhalt eingeführt. In Brandenburg stellte man das Amt für Forstwirtschaft über die Oberförstereien, welchen die Aufgabe der forstechnischen Betriebsführung zugewiesen wurde, ein Landesforstamt übernahm die Leitungsfunktion und entlastete die Ministerialforstabteilung. Freilich wurde seither jede Lösung von damals neuen Umstrukturierungen unterworfen. Ohne Zweifel wäre organisatorische Stabilität, sofern sie einen vernünftigen Rahmen setzt, für effizientes Handeln und individuelle Leistung vorteilhaft. Doch wurde der Wechsel zum Dauerzustand. Stellenabbau war unumgänglich – der Vollzug von Land zu Land unterschiedlich. Die neue Sächsische Landesforstdirektion in Graupa erinnert an die Lösung, die in Brandenburg wieder aufgegeben wurde...

Die Ursachen für Stellenabbau und Aufgabenkonzentration sind komplex. Ein wesentliches Element sehe ich im Übergang zur „angebotsorientierten Wirtschaftspolitik“ seit der REAGAN/THATCHER-Ära. Verschärfte internationale Konkurrenz um den kapitalfreundlichsten Standort führt unvermeidlich zu relativer Vernachlässigung der Produktionsfaktoren „Boden“ und „Arbeit“, somit zur Benachteiligung gerade von Urproduktion und Bildung, die uns hier unmittelbar betreffen. Beide sind entscheidende Grundlagen für „nachhaltige Entwicklung“. Die Folgen ihrer Vernachlässigung spüren wir täglich, und hier in der Fachrichtung Forstwissenschaften zu Tharandt ganz besonders. Die Zukunft wird uns lehren, dass diese Einseitigkeit zu Gunsten des Kapitals sträflich leichtsinnig, ja gänzlich verantwortungslos ist.

Auch die Hochverschuldung im Zuge der deutschen Vereinigung gehört zu den Ursachen der gegenwärtigen Misere, die unsere Arbeit beeinträchtigt und auf Kosten der Zukunft geht. Mit Sachverstand hätte man sie wenigstens teilweise vermeiden können. Es geht nicht um verspätete Kritik, sie brächte ja nichts mehr. Aber der katastrophale Geldmangel unserer Tage wird durch Fehler verursacht, welche heute wie eben schon damals nicht vermieden werden, ob schon sie vermeidbar sind. Zu viel wird auf politischen Ebenen in Geldgrößen gedacht und entschieden, zu wenig in Vorstellungen von wirklichen Bedürfnissen der Menschen, von Prioritäten des Sozialproduktes, von dringenden Notwendigkeiten einer nachhaltigen Entwicklung in der globalisierten Welt. Eine Folge ist ineffiziente Bürokratie, genährt aus unzulänglichem Verständnis für den Sinn von „Subsidiarität“.

Hier liegt übrigens der Punkt, weshalb m. E. eine Politiklehre ohne Bezug zur Wirtschaftswissenschaft nicht weit führt. „Entscheiden was wachsen soll und was nicht“, forderte ERHARD EPPLER schon vor Jahrzehnten (EPPLER 1979: 176). Die Hochschulentwicklung leidet unter zu starker Orientierung auf die Geldbeschaffung, unter der Anpassung an Bedürfnissen der Geldgeber, die keinesfalls mit den Bedürfnissen der Studierenden übereinstimmen und deren reale Zukunft eher blockieren als fördern. Nur die Jugend selbst kann ihre Zukunft einschätzen, verantworten und gestalten, das bedeutet wahre Dynamik und Flexibilität. Berufliche Lenkung durch Politiker oder Professoren im Interesse angeblicher „Arbeitgeber“ führt in die Irre.

Merkmale des Rechtsstaates zeigt uns Abbildung 1. Man erkennt: Es handelt sich um hehre Grundsätze. Sie sollen – so die gängige Meinung – Gerechtigkeit schaffen. Meinen Studenten riet ich zu bescheidener Erwartung: Erreichen können wir in unserer Gesellschaft kaum mehr als eine Begrenzung der Ungerechtigkeit. Wer auf Gerechtigkeit hofft, wird vom Rechtsstaat enttäuscht!

1. Gewaltenteilung
2. Vorrang der Verfassung – Bindung der Staatsgewalten an die Verfassung
3. Vorrang der Gesetze (Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Recht und Gesetz)
4. Rechtssicherheit und Rechtsklarheit
5. Der Grundsatz der Verhältnismässigkeit
6. Die Gewährleistung persönlicher Grundrechte, die das staatliche Handeln begrenzen, dem Bürger einen gesicherten Freiheitsraum garantieren und Gleichbehandlung sichern
7. Rechtsschutz für den Bürger durch die Gerichte

**Abb. 1: Merkmale des Rechtsstaates**

Quelle: NOHLEN et al., Lexikon der Politik, Bd. 7, C. H. Beck München 1998: 541–542; aus: KÖPF 2002: 223

Leider wird die Unzulänglichkeit des Rechtssystems mit der Zahl der Ebenen, auf welchen Gesetze erlassen werden, schlimmer. Mit der Zahl der Gesetzesvorschriften werden die Rechtsverhältnisse immer chaotischer. Indem Politiker auf schockierende Ereignisse (wie in Erfurt) mit gesetzgeberischem Aktionismus reagieren, verursachen sie den „*furor legislativus*“, von dem der spätere Bundespräsident ROMAN HERZOG schon 1983, als er noch Innenminister in Baden-Württemberg war, sprach (vgl. KÖPF 2002: 60, 111, 222). Ein Netz europäischer Gesetzesnormen überlagert in Deutschland das bundesstaatliche, ohnehin komplizierte Rechtssystem. Die Anpassung der Regelungen führt zur Inkonsistenz des Rechts, so dass auch Fachleute Mühe haben, die Rechtslage auch nur einigermaßen zu überblicken. Immer mehr Beamte wenden eine höchst spezialisierte Rechtskenntnis an, wobei Zufälligkeiten zur administrativen Intervention führen. Gesetzesverstöße, zumal von Mandatsträgern, werden in der Öffentlichkeit mit moralischer Entrüstung aufgenommen – der Adressat hingegen sieht sich meist zu Unrecht angeklagt, er betrachtet die Maßnahmen gegen sich als Willkür und zahlt zähneknirschend sein Bußgeld. Vielleicht aus diesen Gründen fühlt sich höchstpersönlich HELMUT KOHL mehr als Opfer denn als Missetäter. Von HELMUT QUALTINGER stammt der schöne Satz: „*Moralische Entrüstung ist der Heiligenschein der Scheinheiligen.*“ Auch bei Gesetzen gilt wohl die Regel, dass die Masse des Angebots den Wert mindert. Regelverstöße werden selbstverständlich. Verhältnisse wie vor der Aufklärung greifen um sich.

Das privatisierte Waldeigentum in den ostdeutschen Ländern unterliegt der problematischen Entwicklung im Rechtsstaat, aus der ein Ausweg bislang nicht erkennbar ist. Auf die damit auftretenden Erscheinungen sei nun kurz eingegangen.

## 2. Eigentum, Privatisierung

Die Frage nach der gesellschaftlichen Bedeutung des Eigentums durchzieht die europäische Geschichte seit Jahrhunderten (Abbildung 2). Gleich mit der Wende – schon vor der Vereinigung – wurde das Eigentum zurück übertragen, sofern es im Grundbuch belegt war und nicht Gegenstand der Bodenreform der Sowjetischen Militäradministration war. Das galt auch für den Wald.

J.-J. ROUSSEAU (1755):

*Der erste, der ein Stück Land eingezäunt hatte und dreist sagte: das ist mein, und so einfältige Leute fand, die das glaubten, wurde zum wahren Gründer der bürgerlichen Gesellschaft. Wie viele Verbrechen, Kriege, Morde, Leiden und Schrecken würde einer dem Menschengeschlecht erspart haben, hätte er die Pfähle herausgerissen oder den Graben zugeschüttet und seinesgleichen zugerufen: Hört ja nicht auf diesen Betrüger. Ihr seid verloren, wenn ihr vergesst, dass die Früchte allen gehören und die Erde keinem.*

[J.-J. ROUSSEAU: Abhandlung über den Ursprung der Ungleichheit unter den Menschen, 1755 – Anfang des zweiten Teils]

LOCKE, J. (1690):

*Jemand, der sich durch seine Arbeit ein Stück Land aneignet, vermindert nicht das gemeinsame Vermögen der Menschheit, sondern vermehrt es. Denn die zum Unterhalt des menschlichen Lebens dienenden Nahrungsmittel, die von einem Acre eingegrenzten Landes eingebracht werden, sind ... zehnmal mehr als der Ertrag eines Acre ebenso reichen Landes, das als Gemeingut brachliegt. Wenn jemand Land abgrenzt und von zehn Acres eine grössere Menge an Lebensmitteln einbringt, als er von hundert der Natur überlassenen einbringen könnte, kann man deshalb wirklich sagen, dass er der Menschheit neunzig Acres schenkt.*

[LOCKE, J.: Abhandlungen über die Regierung, 1690. Frankfurt/M. 1967: 221]

### Abb. 2: Zur Beurteilung der gesellschaftlichen Bedeutung des Eigentums

Quelle: KÖPF 2002: 174

Das Ansinnen, den Restwald durch Verkauf zu privatisieren, war keine forstpolitische Entscheidung. Es handelte sich um eine grundsätzlich politische und zudem fiskalische Maßnahme. Kollegen empfahlen raschen Verkauf, um Verwaltungskosten einzusparen. Neben technisch-organisatorischen Problemen, stand dem entgegen, dass ein Angebot von 700.000 Hektar Wald den Markt überfordert. Wird es nicht zeitlich gestreckt, ist Preisverfall unvermeidlich. Auch die angestrebte Regelgröße von maximal 500 Hektar ergab sich nicht aus forstpolitischen Erwägungen, also aus den gesellschaftlichen Leistungserwartungen an diese Wälder. Die Überprüfung der betriebswirtschaftlichen Gegebenheiten einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung in Mitteleuropa hätte zu anderen Entscheidungen führen müssen. Ergebnis der Privatisierung, wie sie jetzt erfolgt, ist oft Forstwirtschaft im Nebenerwerb oder ein Jagdrevier zum Vergnügen.

Nachhaltige Waldbewirtschaftung setzt autonome Verantwortung des Eigentümers voraus. Geschäften aller Art räumt man weltweit möglichstes *Laissez-faire* ein – beim Eigentum am

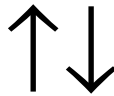
Wald scheint sich niemand daran zu stoßen, dass seine wirtschaftliche Funktionsfähigkeit durch gesetzliche Intervention schwer beeinträchtigt wird. Die Garantie des Eigentums im Grundgesetz ist zwar eingeschränkt durch die Klausel „*im Rahmen der Gesetze*“. Doch darf die Gemeinwohlbindung „*Eigentum verpflichtet, sein Gebrauch soll dem Wohl der Allgemeinheit dienen*“ die Eigentumsgarantie nicht ins Gegenteil verkehren. Eigentum bedeutet Verantwortung des Eigentümers für seine Entscheidungen – Verantwortung gegenüber Gesellschaft und Zukunft. Das sensible, der Nachhaltigkeit verpflichtete Gut Waldökosystem erfordert säkular wirksame Sorgfalt, die der Waldeigentümer nur erbringen kann, wenn seine Vorleistung nicht von Enteignung, auch nicht von enteignungsgleichen Eingriffen bedroht ist. Von der Rechtsprechung bis hinauf zum Bundesverfassungsgericht werden diese Besonderheiten der Forstwirtschaft nicht wahrgenommen.

Nur eine Wirtschaftsordnung, welche Angebot und Nachfrage im historischen Prozess fördert, kann als „nachhaltig“ gelten. Nicht allein das „Endprodukt“ beim Entfernen des Holzes aus dem Wald ist zu honorieren. Gerade die „Produkte“ des funktionsfähigen Ökosystems werden den Menschen vom Forstbetrieb durch Schutz, Pflege und entsprechende Gestaltung des Waldes laufend bereitgehalten. Keinesfalls ist es „*unsere liebe Natur*“, welche Erholungssuchenden, Naturfreunden, Klimaschützern, Wasserwerken, Pferdehöfen, Hoteliers, Jägern die Realisierung ihrer spezifischen Wünsche und Geschäfte ermöglicht. Vielmehr sichert der Nachhaltsforstbetrieb in den dicht besiedelten und intensiv genutzten Landschaften Mitteleuropas durch seine absichtsvollen, vorausschauenden Investitionen die „Multifunktionalität“ der Wälder für eine Zukunft mit unbekanntem Anforderungen.

Möglich ist das nur, wenn die *säkulare Investitionstätigkeit* des Eigentümers anerkannt und honoriert wird. Die Gesellschaft, vertreten durch ihre wesentlichen Institutionen, muss eine Mechanik kreisschlüssiger Finanzierung gewährleisten, durch die auch die volkswirtschaftlichen Vorleistungen in die Waldwirtschaft refinanziert werden. In der globalisierten Wirtschaft funktioniert das nicht mehr, weil sie dem Zweck dient, Kapital in wenigen Händen zu akkumulieren (vgl. KÖPF 2001). Für Massenproduktion und technischen Fortschritt mag das sinnvoll sein – eine *nachhaltige Entwicklung* wird so verhindert.

Noch schlimmer ist, dass der Obrigkeitsstaat – unkontrolliert und ohne dauerhafte Verantwortlichkeit – weiter wirkt, obwohl er überwunden sein sollte. Entfernte Politikebenen intervenieren durch naives „*Schützen*“ (z. B. nach dem FFH-Konzept), als wären die Biotope in einer seit 8.000 Jahren besiedelten, heute mit 230 hyperaktiven Menschen pro km<sup>2</sup> belasteten Landschaft „Natur“ und nicht Ergebnis der vom Eigentümer verantworteten Form einer Bewirtschaftung. Auch wenn zugebilligt wird, der Waldbesitzer könne weiter machen *wie bisher*, ist das ein erheblicher Eingriff. Die Verantwortung für die zukünftige Leistungsfähigkeit des Waldes setzt (in Verbindung mit Forstfachleuten) die Freiheit des Eigentümers zur Anpassung an die gesellschaftliche Entwicklung und an ökologische Bedingungen (z. B. Klimawandel) voraus. Soweit ich sehe hilft hier nur Subsidiarität gegenüber den Waldbesitzern, nur Pluralität der Entscheidungen federt das Risiko einer unbekanntem Zukunft ab (vgl. Abbildung 3, 4).

<b>Rahmenbedingungen für Gestaltung und Nutzung des Waldes</b>		
<u>Handlungsebene</u>	<u>Verantwortlichkeit</u>	<u>Leistungsziele</u>
International/national durch <ul style="list-style-type: none"> <li>• Konferenzen</li> <li>• Regelung</li> <li>• Administration</li> </ul>	Administrativ – möglichst demokratisch legitimiert und kontrolliert	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Menschenrechte</li> <li>• Umweltschutz</li> <li>• Verteilungsgerechtigkeit</li> <li>• Befriedung</li> </ul>
<b>Subsidiarität</b> zur Vermeidung aufwendiger Kontrollen und ungerechter Administration		<b>Pluralität</b> zur Anpassung an unterschiedliche Bedingungen und Entwicklungen
Örtlich-forstbetriebliches bzw. regionales Angebot und entsprechende Nachfrage nach Leistungen des Waldes	Individuell-betrieblich, Angebot und Nachfrage (einschließlich Naturschutz und Erholung) möglichst marktwirtschaftlich gesteuert	<i>Vernünftiges</i> Handeln um auf ökonomisch, ökologisch und sozial akzeptable Weise menschliche Bedürfnisse nachhaltig zu befriedigen



**Abb. 3: Rahmenbedingungen für Gestaltung und Nutzung des Waldes**

Quelle: KÖPF 2002: 285

„Wie dasjenige, was der Einzelmensch aus eigener Initiative und mit seinen eigenen Kräften leisten kann, ihm nicht entzogen und der Gesellschaftstätigkeit zugewiesen werden darf, so verstösst es gegen die Gerechtigkeit, das, was die kleineren und untergeordneten Gemeinwesen leisten und zum guten Ende führen können, für die weitere und übergeordnete Gemeinschaft in Anspruch zu nehmen; zugleich ist es überaus nachteilig und verwirrt die ganze Gesellschaftsordnung.“

Jedwede Gesellschaftstätigkeit ist ja ihrem Wesen und Begriff nach subsidiär; sie soll die Glieder des Sozialkörpers unterstützen, darf sie aber niemals zerschlagen oder aufsaugen.“

PIUS XII.: Sozialenzyklika „Quadragesimo anno“, Rom 1931

**Abb. 4: Subsidiarität**

Quelle: KÖPF 2002: 165

Nach Restitution des Eigentums und Restwaldverkauf erreicht der Privatwald in den ostdeutschen Ländern einen Anteil von rd. 50 % der Waldfläche (Tabelle 1). Dabei entstehen wohl auch funktionsfähige Forstbetriebe. Viel Wald ist aber Splitterbesitz, der für sich allein keinen Marktzugang findet und für das Einkommen des Eigentümers geringe Bedeutung hat.

**Tab. 1: Waldflächen und Besitzarten in den ostdeutschen Bundesländern 1999**

Quelle: Forst-, Holz- und Jagdtaschenbuch 2000: 180 – aus: KÖPF 2002: 99

	Waldfläche [1000 ha]	Staatswald [%]	Körperschafts- wald [%]	Privatwald [%]	Treuhandwald [%]
Brandenburg	1.088	37	7	29	27
Mecklenburg- Vorpommern	499	54	4	12	30
Sachsen	496	45	7	22	26
Sachsen- Anhalt	474	42	7	26	25
Thüringen	535	41	15	30	14
<b>Ostdeutsche Bundesländer</b>	<b>3.092</b>	<b>42</b>	<b>8</b>	<b>25</b>	<b>25</b>
Deutschland	10.861	34	19	40	7

Als Regellösung der Forstpolitik in Deutschland gelten seit 1943 (also unter Kriegswirtschaftsbedingungen) forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse. Auch bei großen Mitgliederzahlen – je nach Belegenheit und Struktur – kommen oft keine ausreichenden Forstbetriebsflächen zusammen. Verwaltungskosten belasten ständig den wenig liquiden, gering rentablen Betrieb. Auf Anregung der Sächsischen Landesforstverwaltung haben wir an meiner Professur seit mehreren Jahren Möglichkeiten der überbetrieblichen Zusammenarbeit untersucht. Von Zeit zu Zeit könnte Waldbesitzern eine koordinierte gemeinsame Pflege- und Holzernteaktion angeboten werden, die einen Einkommensanreiz bietet, die Waldpflege sichert und den Holzmarkt effizient bedient. Ordnungspolitische und rechtliche Probleme sind dabei zu lösen, die Gegenstand einer Dissertation sind, die in Kürze vorliegen wird. Deshalb kann hier nicht näher darauf eingegangen werden.

Die Problematik des Kleinprivatwaldes wird anhand der Kostenbelastung pro Hektar Waldfläche in Abhängigkeit von der Größe des Waldbesitzes beispielhaft sichtbar (Tabelle 2). Neben der angedeuteten Lösung überbetrieblicher Zusammenarbeit bleibt ein wichtiges Ziel die Zusammenlegung zersplitterten Waldeigentums und die Zusammenführung von Grundstücken durch erleichterten Grundstücksverkehr – z. B. durch ein Vorkaufsrecht für Anlieger.



**Tab. 2: Gesetzlich bedingte finanzielle Belastungen privater Waldbesitzer in Brandenburg**

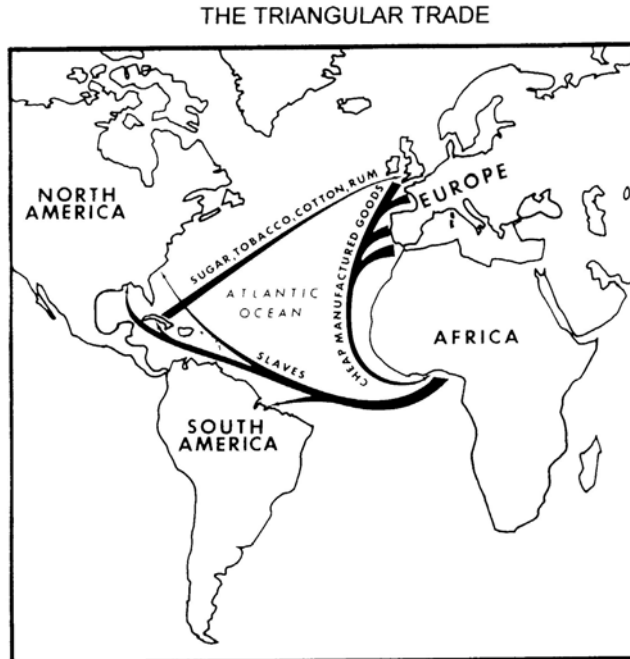
Quelle: Waldbesitzerverband Brandenburg e. V., zit. n. LEINERT 1997, Anl. 18, aus KÖPF 2002: 91

	Waldbesitzgröße		
	1 Hektar	3 Hektar	100 Hektar
1. Grundsteuer	2,65 DM	7,95 DM	265,00 DM
2. Berufsgenossenschaft (gesetzliche Unfallversicherung)			
2.1 Grundbeitrag	60,00 DM	60,00 DM	60,00 DM
2.2 Hektarsatz	2,96 DM	8,88 DM	296,00 DM
3. Boden- und Wasserverband (zwischen 7,- und 29,- DM/ha)	~ 15,00 DM	~ 45,00 DM	~ 1.500,00 DM
4. Waldbrandversicherung (Hektar- satz 3,70 DM/ha aber Mindest- beitrag je Police 60,- DM)	60,00 DM	60,00 DM	370,00 DM
5. Gesamtbelastung	140,61 DM	181,83 DM	2.491,00 DM
<b>6. Belastung je Hektar</b>	<b>140,61 DM</b>	<b>60,61 DM</b>	<b>24,91 DM</b>

### 3. Marktwirtschaft, Finanzierung

Als dritter Gesichtspunkt soll die globale marktwirtschaftliche Ordnung besonders beleuchtet werden. Denn in ihrer derzeitigen Form wurde sie für unerwartete Probleme in den ostdeutschen Ländern ursächlich, gerade auch der Forstwirtschaft und damit der Forstpolitik.

Marktwirtschaftliches Handeln ist unmittelbar natürliches Verhalten der Menschen. Ohne Arbeitsteilung und Austausch könnten sie nicht existieren. Die „*unsichtbare Hand*“ des ADAM SMITH (1999: 467) kann freilich in unserer Zeit nicht länger verborgen bleiben (Abbildung 5). Vielleicht war der Einsatz von Sklaven während der vier Jahrhunderte nach KOLUMBUS für die Europäer tatsächlich unsichtbar – zu fern um die eigene Verantwortung dabei zu erkennen. Sie litten und schufteten für die europäischen Märkte nicht anders als heute die Billigarbeitskräfte der sogenannten Dritten Welt. Der Amerikaner K. BAILES (2001) betitelte ein Buch „*The New Slavery*“ – Die neue Sklaverei. Sie betrifft Menschen, welche zu allem bereit sein müssen um zu überleben. Diese werden jenseits aller Menschenwürde auf unvorstellbare Weise ausgebeutet.



[Quelle: DALY 1974: 52]

### Abb. 5: The Triangular Trade

Quelle: DALY 1974: 52

Die gewöhnliche Mechanik unserer Weltwirtschaftsordnung ist unauffälliger. Anlässlich des IUFRO-Kongresses 2000 in Malaysia konnte eine Möbelfabrik besichtigt werden: 1.200 Beschäftigte – nicht gerade Sklavenarbeiter – erzeugen preisgünstig Qualitätsmöbel, die zu 80 % in die U.S.A. verkauft werden. Alle sind dabei zufrieden: Malaysia steigert sein Sozialprodukt und die Steuereinnahmen, Kuala Lumpur wird zur modernen City ausgebaut, das benachbarte Singapur boomt, in den U.S.A. sind die Preise erschwinglich – nur umgekehrt nicht, die Mehrzahl der Malaysier wird sich Güter aus den U.S.A. nicht leisten können. Das Prinzip der *komparativen Kostenvorteile* funktioniert – und doch bleibt der „Wohlstand der Nationen“ Privileg von wenigen Ländern: Die Reichen werden reicher, die Armen bleiben arm. Die neu zuwachsenden Menschenmassen der „Dritten Welt“ haben keine Chance für eigenständige Entwicklung.

Besonders wird die Urproduktion durch komplexe arbeitsteilige Produktionsstrukturen in die Abhängigkeit gezwungen. Sie steht von gewinnträchtigen Konsummärkten weit entfernt. Ihr Preisniveau wird so weit gedrückt, dass die Hoffnung gerade noch ausreicht den Rohstoff weiter zu liefern. *Derived demand is less elastic than consumer demand* – unelastische Nachfrage fern der Konsumentenmärkte bleibt abgehängt von der Gewinnentwicklung. Über Jahr-

zehnte beobachten wir konstante Rohstoffpreise. Die ohnehin finanziell strangulierte Nachhaltigkeitsforstwirtschaft, wie sie sich in Mitteleuropa seit 200 Jahren entwickeln konnte, muss sich zertifizieren lassen – den Gewinn aber macht OBI! Vergeblich wartet die Branche auf höhere Preise als Folge der Zertifizierung. In einer globalisierten Wirtschaftsordnung des *Laissez-faire* hat das forstliche Nachhaltigkeitsprinzip keinen Bestand. Ein Ordnungsrahmen wäre notwendig, wie ihn vor einem halben Jahrhundert WALTER EUCKEN postuliert hatte – aktive Wirtschaftspolitik, nicht im Schlepptau der Globalisierung, diese vielmehr in vernünftige Bahnen lenkend (EUCKEN 1959; 1999). Unausweichlich ist der Schluss zu ziehen, dass mit der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung nicht erreichbar ist.

Das Sozialprodukt kommt *nachhaltig* nur aus realer Produktion – durch Waren, Dienstleistungen und Rechte sind tatsächliche Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Nicht jede Form „Geld zu machen“ stellt einen honorierungswürdigen Beitrag zum globalen Sozialprodukt dar. Von „obszönen“ Einkommen in der Managerklasse ist die Rede. Führende Persönlichkeiten der Politik weltweit lassen sich durch Machtinteressen instrumentalisieren, die weder „ökonomisch“ sind (denn sie befriedigen nicht die Bedürfnisse der Menschen), noch „sozial“ oder „ökologisch“. Verständlich, dass Geld fasziniert: Es stellt einen anonymen Rechtsanspruch auf Anteile am Sozialprodukt dar, dessen Berechtigung sich leicht verschleiern lässt – umso besser je globaler das Spielfeld.

Nicht nur industrielle Massenfertigung, nicht nur massenhafte Medienspektakel, auch zwischenmenschliches Geben und Nehmen in Erziehung und Bildung oder im ärztlichen Arbeitsbereich sind wichtig. Und selbstverständlich die nachhaltige Bemühung um natürliche Produktionsprozesse in der Waldwirtschaft. Falsch ist es, Müllabfuhr oder soziale Dienste gesellschaftlich zu diskriminieren und schlecht zu bezahlen: „Marktwirtschaftlich“ wäre, für wenig geschätzte Arbeit einen attraktiven Lohn zu bieten! Auch die für die Zukunft der Menschheit unschätzbare Arbeit der Förster gerät in Gefahr, durch das Prinzip des kurzfristigen Gewinns diskriminiert, ja verdrängt zu werden. Dem neuen Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt fällt im Interview kein größeres Einsparpotential ein als die Forstwirtschaft. Das ist der Offenbarungseid der Politik!

Man sollte auch über Probleme der Forstförderung sprechen, über ineffiziente Methoden der Geldumschichtung durch die Bürokratie. Und über marktwirtschaftliche Regelungen, welche nicht allein das Prinzip der Massenfertigung gelten lassen, sondern die wichtigen Aspekte der Zukunftsvorsorge deutlicher hervorheben und honorieren. Das betrifft gleichermaßen Vorsorge durch Erziehung und Bildung, Wissenschaft und Kunst, wie die Pflege der Natur, des Waldes als *Kulturgut*, *Restnatur* und *Ressource*, die unsere Aufgabe ist – Aufgabe der Forstpolitik!

## Ausblick

Ein Problem der Politik im allgemeinen, möglicherweise auch der Forstpolitik und der Forstwissenschaften sowie im besonderen der Fachrichtung in Tharandt ist die Gefahr die Bodenhaftung zu verlieren. Dies für die Politik zu kommentieren würde zu weit führen. Am Beispiel der Forstpolitik der Europäischen Union wie auch der Bundesregierung – des Umwelt- und Verbraucherschutzes, die an die Stelle einer Politik für die ländlichen Räume getreten sind – wird deutlich, dass hier Grundlegendes nicht mehr stimmt. Das Leben der Menschen ist nun einmal nicht zu trennen in ein Dasein als Objekt des Arbeitsmarktes, eines als Massenkonsum-

ment, eines Kulturbürgers und eines als Familienmitglied etc. In der Regel ist die Lebenswirklichkeit des Individuums immer noch einheitlich – die eines Städters oder eines Landbewohners, die eines Angehörigen der Oberschicht oder eines Mittelständlers, des Internationalisten oder des in örtliche Sozialstrukturen eingebundenen Mitgliedes der Gesellschaft. Beunruhigend ist der weitgehende Konsens, Aufgabe von Schule und Hochschule sei es, den Zugang in „bessere“ Kreise durch Qualifikation (Zeugnisse) zu vermitteln. Überall spricht man von Eliten. Tatsächlich ist eine Gesellschaft nur dann leistungsstark, wenn sie jeden ermutigt, im Rahmen seiner Befähigung und persönlichen Lust den größten Beitrag zu bringen, eben das „Sozialprodukt“ mit zu erstellen.

Das andere große Problem ist die notwendige Vermittlung der Erkenntnisse, welche die deutsche Forstwirtschaft in zweihundertjähriger Bemühung um nachhaltige Waldbewirtschaftung gewonnen hat. Ergebnis einer Tagung mit Parlamentariern war vor kurzem, dass Anliegen der Forstpolitik neben jenen der Agrarpolitik auch von den parlamentarischen Fachleuten kaum wahrgenommen werden. Man spricht in einem Atemzug von „Land- und Forstwirtschaft“, und die Probleme der Forstwirtschaft kommen dabei nicht ins Bewusstsein. Dabei sind Forstleute überall präsent und könnten Öffentlichkeitsarbeit wirksam betreiben. Darin liegt zweifellos die wichtigste Aufgabe einer Forstpolitik unserer Zeit:

- Aufzuklären über die Bedeutung der Waldpflege;
- zu erklären, dass wir den Wald gestalten, damit ihn auch künftige Generationen nach ihren Bedürfnissen nutzen können;
- ihn zu schützen und davor zu bewahren, dass er einseitig gegenwärtigen Interessen untergeordnet wird.

Das leistet nur der Nachhaltsforstbetrieb. Dies nach außen zu tragen tut not, ist erste forstpolitische Pflicht.

## Literatur

- BAILES, KEVIN (2001): Die neue Sklaverei. Aus dem Englischen von INGE LEIPOLD. München: Verlag Antje Kunstmann GmbH. ISBN 3-88897-264-7. (Original: Disposable People. New Slavery in the Global Economy. Berkeley: University of California Press, 1999.)
- DALY, VERE T. (1974): The Making of Guyana. London, Basingstoke: MacMillan Caribbean. ISBN 0-333-14482-1.
- EPPLER, ERHARD (1979): Die Angst des Prometheus – Fortschritt ohne Zukunft? Römerberggespräche Frankfurt 18. Mai 1979. In: ERHARD EPPLER: Weichen stellen... Reden und Vorträge (1973–1980). Hg. v. IVO GÖNNER. Widerspruch Verlag, Tübingen 1981: 171–176.
- EUCKEN, WALTER (1959): Grundsätze der Wirtschaftspolitik. Hg. v. EDITH EUCKEN-ERDSIEK und K. PAUL HENSEL. *rowohlt's deutsche enzyklopädie* Bd. 81, Hamburg: Rowohlt.
- EUCKEN, WALTER (1999): Ordnungspolitik. Hg. v. WALTER OSWALT. *Walter Eucken Archiv, Reihe zweite Aufklärung* Bd. 1, Münster: LIT. ISBN 3-8258-4056-5.